



AFRIKA/BURUNDI - VEREINBARUNGEN ZWISCHEN REGIERUNG UND REBELLENGRUPPE MÖGLICH

Bujumbura (Fidesdienst) – Am 14. September werden in Dar es Salaam (Tansania) Gespräche zwischen dem burundischen Staatspräsidenten Domitien Ndayizeye und dem Anführer der FDD-Rebellen, Pierre Nkruruziza stattfinden. „Es bestehen gute Aussichten auf eine Verständigung. Die Vereinbarungen sollen am 15. September den Staats- und Regierungschefs der Länder der zentralafrikanischen Region vorgelegt werden“, so Beobachter aus der burundischen Hauptstadt Bujumbura im Gespräch mit dem Fidesdienst. „Es gibt bereits einen Entwurf für die Vereinbarungen, dessen Details jedoch nicht bekannt gegeben wurden. Es ist jedoch bekannt, dass es noch Schwierigkeiten gibt, was die Entwaffnung und die Aufgabe der Stellungen der Rebellen anbelangt sowie deren Eingliederung in die Streitkräfte des Landes. Ein weiteres noch nicht vollständig geklärtes Problem ist die Rückkehr der Flüchtlinge in die Nachbarländer (Tansania und Demokratische Republik Kongo)“.

Unterdessen kommt es in der Umgebung der Hauptstadt weiterhin zu Gefechten, wie Beobachter gegenüber dem Fidesdienst berichten: „An verschiedenen Orten in der Umgebung von Bujumbura liefern sich die Regierungseinheiten und die Rebellen der FNL heftige Gefechte.“. Die FNL-Rebellen kontrollieren seit mehreren Jahren die ländlichen Gebiete um Bujumbura und lehnten Friedensvereinbarungen bisher ab. „Es handelt sich um eine Bewegung, die kleiner ist als die FDD, aber trotzdem nicht weniger kampfbereit“, so die Beobachter. „Bisher hat die FNL Vereinbarungen abgelehnt. Ein mögliches Abkommen zwischen Regierung und FDD könnte jedoch als Vorbild dienen. Die FNL-Rebellen werden die Zugeständnisse der Regierung an die FDD gewiss mit großem Interesse beobachten. Zu den grundlegenden Fragen gehört auch im Fall der FNL die Schaffung einer staatlichen Armee, in der alle Komponenten des Landes vertreten sind.“

In Burundi herrscht seit 1993 ein Bürgerkrieg, in dem sich die Regierungstreitkräfte, der vorwiegend Soldaten aus dem Volk der Tutsi angehören und verschiedene Rebellen-Bewegungen des Hutu-Volkes gegenüberstehen. Bei diesem Krieg starben bisher mindestens 300 Menschen. Im Jahr 2000 waren in Arusha (Tansania) Vereinbarungen unterzeichnet worden in deren Rahmen man sich auf die Bildung einer Übergangsregierung verständigt hatte, an der die meisten politischen Parteien in Burundi beteiligt sind. Während der ersten 18 Monate wird die Regierung von einem Tutsi geleitet, dem ein Vizepremier aus dem Volk der Hutu zur Seite steht; in den darauf folgenden 18 Monaten wird die Regierung von einem Präsidenten aus dem Hutu-Volk geführt, dem ein Stellvertreter aus dem Volk der Tutsi zur Seite steht. (LM) (Fidesdienst, 11/9/2003 - 34 Zeilen, 378 Worte)